

Pressekonferenz des Deutschen Diabetiker Bundes (DDb)

„Diabetiker wehren sich!“, Berlin, 15. Februar 2006

PRESSEMITTEILUNG

Diabetikerversorgung:

Die Interessen der Betroffenen sind nicht ausschlaggebend!

Berlin, 15.02.2006. Der Deutsche Diabetiker Bund (DDb) kritisiert scharf die Nichtbeachtung der Interessen von Menschen mit Diabetes. Dies ist der Fall, sollten kurz wirksame Analoginsuline tatsächlich aus der Verordnungsfähigkeit genommen werden. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hat für heute (15.02.06) die Veröffentlichung des Schlussberichtes zur Nutzenbewertung der kurz wirksamen Analoginsuline angekündigt. Auf dessen Grundlage wird der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) beraten, wie weiter verfahren werden soll. Sollte es beim abschließenden Stellungnahmeverfahren aller Beteiligten nicht mehr zu neuen Erkenntnissen kommen, die die Position des Abschlussberichtes widerlegen, ist zu befürchten, dass Ärzte diese Therapie nicht mehr zu Lasten der Gesetzlichen Krankenkassen verordnen dürfen – es sei denn, das Bundesgesundheitsministerium trifft eine andere Entscheidung und verhindert damit, dass künftig Diabetiker wieder auf ältere Medikamentengenerationen umgestellt werden oder die modernen Präparate selbst bezahlen müssten. Der Deutsche Diabetiker Bund (DDb) betont mit aller Deutlichkeit: In den Empfehlungen und Entscheidungen zum Thema kurz wirksame Analoginsuline für Typ-2-Diabetiker müssen die Erfahrungen der Betroffenen ausschlaggebend sein. Die Zeit drängt, und die Nutzenbewertung für die kurz wirksamen Analoginsuline ist erst der Auftakt eines Eingriffs in die Therapiefreiheit, erläutert Manfred Wölfert, Bundesvorsitzender des DDB, anlässlich der Pressekonferenz in Berlin.

„Es macht mich betroffen, dass Regelungen zu befürchten sind, die den Fortschritt nicht nur stoppen, sondern sogar zu einem Rückschritt führen würden. Das wäre nämlich der Fall, wenn es Einschränkungen in der Therapiefreiheit der Ärzte im Bezug auf die Verordnung von modernen, kurz wirksamen Analoginsulinen für Menschen mit Typ-2-Diabetes geben würde“, so die Diabetesberaterin und stellvertretende Vorsitzende des DDB, **Gabriele Buchholz** während der Pressekonferenz des Bundes.

Herbe Einschnitte ins aktive Berufs- und Freizeitleben

Berufstätige, ältere Menschen, Autofahrer oder auch Sportler – wer sein Leben als Diabetiker aktiv gestalten möchte, muss sich auf herbe Einschnitte in seinem Alltags- und Freizeitleben einstellen, darauf weist **Dr. med. Eva-Maria Fach**, Vorsitzende des Bundesverbandes Niedergelassener Diabetologen (BVND), hin. „Uns Ärzten würde durch eine Herausnahme der kurz wirksamen Analoginsuline die Freiheit, über die richtige Therapie für jeden einzelnen Patienten zu entscheiden, genommen. Die Patienten bezahlen dies mit geringerer Lebensqualität und möglichen Einschränkungen ihrer Gesundheit“, kritisiert Dr. Fach, und: „Therapie wird nicht mehr durch die Medizin, sondern durch die Politik bestimmt. Es droht die Gefahr, dass Institute und Ausschüsse, aber nicht mehr der praktizierende Arzt über das Wie der individuellen Patientenbehandlung entscheiden. Wir Ärzte wehren uns dagegen, Marionetten bürokratischer Entscheidungen zu werden.“

Diffamierungskampagne

Die Entscheidung wird von Diffamierungen gegen die kurz wirksamen Analoginsuline, die zur modernen 3. Generation gehören, in der Öffentlichkeit begleitet. „Dass kurz wirksame Analoginsuline krebbsverdächtig seien, ist nicht bewiesen. Studien belegen sogar Vorteile gegenüber den politisch gewollten Normalinsulinen! Auch die Allergiegefahr ist nicht belegt“, räumt **Prof. Dr. med. Thomas Haak**, Vorsitzender des Bundesverbandes Diabetologen in Kliniken (BVDK) mit Vorurteilen auf.

Protestaktionen

Deshalb hat sich die Patientenorganisation an die Spitze einer groß angelegten Protest-Kampagne gestellt. Seit einigen Tagen liegen in Diabeteseinrichtungen sowie bei Selbsthilfegruppen, in Apotheken, Fußpflegepraxen und anderen Stellen Unterschriftenlisten aus, die sich gegen die zu befürchtenden Entscheidungen richten. In einem Patientenbrief wird jedes einzelne Mitglied aufgefordert, sich mit seiner Unterschrift einzutragen. Zusätzlich wurde unter www.diabetikerbund.de ein persönlicher Protestbrief ins Internet gestellt, um allen Betroffenen die Möglichkeit zu geben, auch eigene Schreiben an die Regierung zu richten. Das offizielle Organ des DDB – das „Diabetes-Journal“ – hat in das nächste Heft perforierte Postkarten in eben diesem Sinne aufgenommen. Die Bundeskanzlerin, die Bundesministerin für Gesundheit, die Patientenbeauftragte und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen wurden informiert, dass ihnen die Listen und Briefe regelmäßig vom DDB zugeschickt werden.

In Deutschland gibt es zurzeit rund 6,5 Millionen Menschen mit Diabetes mellitus, etwa 1,5 Millionen unter ihnen werden mit Insulin behandelt. Das breite Sortiment der Insuline unterliegt einer ständigen Entwicklung, die seit eh und je darauf zielt, das Medikament immer besser dem körpereigenen Hormon Insulin anzupassen und auf diesem Wege die Lebensqualität der Menschen mit Diabetes so zu verbessern, dass sie ihre chronische Erkrankung souverän beherrschen können.

Text-Download: www.diabetikerbund.de und www.diabetes-news.de

Belegexemplar erbeten

Verantwortlich: Manfred Wölfert, Vorsitzender des Deutschen Diabetiker Bundes, Goethestr. 27, 34119 Kassel, Tel.: 05 61/703 477 0, Fax: 05 61/703 477 1, E-Mail: info@diabetikerbund.de, www.diabetikerbund.de - Redaktion: Rosmarie Johannes